

Protokoll über die 2. öffentliche Sitzung des Umwelt,- und Klimaausschusses

Sitzungsdatum: Dienstag, den 22.02.2022
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:38 Uhr
Ort, Raum: Mensa der IGS Krummhörn-Hinte, Bunter Weg 15,
26736 Krummhörn

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Focko Smit

Mitglieder

Herr Stephan Artmann
Herr Niklas Baumann
Frau Nadine Booken
Herr Paul Hörnke
Herr Andreas Kirchhoff
Herr Jens-Martin Kromminga
Herr Ralf Ludwig
Herr Roelf Odens
Herr Heiko Ringena

beratendes Mitglied

Herr Garrelt Agena

Stellvertretendes Mitglied

Frau Astrid Brants

Bürgermeisterin

Frau Hilke Looden

von der Verwaltung

Herr Erik Baumann, Auszubildender
Frau Ina Droll-Dannemann, Fachbereichsleiterin
Frau Heike Klaassen, Fachbereichsleiterin
Frau Hella Peters, stv. Fachbereichsleiterin

Protokollführerin

Frau Ilona Baumann

Gäste

Herr Noosten, Vizepräsident des LHV für Ostfriesland
Herr Rahmel, Leiter des Dezernates für Biosphärenreservat

Abwesend:

Mitglieder

Herr Frank Wübbena

vertreten durch Astrid Brants

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung der Anwesenden, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

2. Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung des Umwelt- und Klimaausschusses vom 20.01.2022

3. Einwohnerfragestunde

4. Antrag der Bündnis90 / DIE GRÜNEN; Berichterstattung durch Herrn de Vries, Klimaschutzmanager des Landkreises Aurich, sowie Antrag auf Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes durch die Verwaltung
Vorlage: 2021/020

5. Antrag der Bündnis90/ Die GRÜNEN; Vortrag durch den Leiter des Dezernates Biosphärenreservat der Nationalparkverwaltung, Jürgen Rahmel, über die Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer und möglichen Beitritt
Vorlage: 2021/031

6. Antrag der SPD-Fraktion; Vortrag durch Herrn Noosten, Vizepräsident des LHV für Ostfriesland, über die Thematik Biosphärenreservat
Vorlage: 2021/065

7. Bericht der Bürgermeisterin

8. Beantwortung der schriftlich eingereichten Anfragen

- 9.** Wünsche und Anregungen

- 10.** Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

- 11.** Schließung der öffentlichen Sitzung

zu 1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung der Anwesenden, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Smit eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Rahmel, Leiter des Dezernates Biosphärenreservat der Nationalparkverwaltung, Herr Noosten, Vizepräsident des LHV für Ostfriesland, sowie die Bürgermeisterin Looden mit dem Team der Verwaltung.

Herr Smit stellt die ordnungsgemäße Ladung, Beschlussfähigkeit, sowie Tagesordnung fest.

Ausschussvorsitzender Smit informiert, dass diejenigen, die zur Diskussion beitragen, den Mundschutz beim Sprechen abnehmen dürfen.

zu 2. Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung des Umwelt- und Klimaausschusses vom 20.01.2022

Ausschussvorsitzender Smit lobt und bedankt sich gleichzeitig für die ausführliche Formulierung der Niederschrift.

Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Umwelt,- und Klimaausschusses vom 20.01.2022 wird einstimmig genehmigt.

zu 3. Einwohnerfragestunde

Hierzu werden keine Mitteilungen gemacht.

**zu 4. Antrag der Bündnis90 / DIE GRÜNEN; Berichterstattung durch Herrn de Vries, Klimaschutzmanager des Landkreises Aurich, sowie Antrag auf Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes durch die Verwaltung
Vorlage: 2021/020**

Bürgermeisterin Looden informiert, dass sie mit den Bürgermeistern der Gemeinden Hinte und Brookmerland gesprochen habe. Beide Gemeinden habe die Angelegenheit noch nicht thematisiert.

Beide Gemeinden haben jedoch positive Signale gegeben. Allerdings gebe es in beiden Gemeinden dazu noch keine Beschlüsse des Rates.

Bürgermeisterin Looden ergänzt, dass sie zudem mit Herrn de Vries gesprochen habe. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden Hinte und Brookmerland sei grundsätzlich möglich. Seit dem 01.01.2022 gebe es eine neue Förderrichtlinie. Herr de Vries empfiehlt, gemeinsam mit ihm als Klimaschutzmanager des Landkreises Aurich ein Klimaschutzkonzept zu erarbeiten und einen entsprechenden Förderantrag zu stellen. Wichtig sei zu erwähnen, dass Maßnahmen hinsichtlich des Klimaschutzes geplant werden und zudem Fördermittel eingeworben werden können. Dafür ist kein Klimaschutzmanager zwingend erforderlich.

Sollten sich weitere Informationen, auch aus den anderen Gemeinden geben, wird Frau Looden darüber berichten.

- a) Ausschussmitglied Baumann beantragt, den Tagesordnungspunkt zunächst zu vertagen. Sobald Rückmeldungen der Gemeinden Hinte und Brookmerland vorliegen, sollte erneut darüber beraten werden.
- b) Beratendes Mitglied Agena erläutert, dass es sinnvoll sei, den Tagesordnungspunkt zunächst zu vertagen. Er fragt an, bis wann mit einer Rückmeldung der anderen Gemeinden zu rechnen sei.

Bürgermeisterin Looden antwortet, dass sie davon ausgeht, in den nächsten 2 – 3 Wochen eine Rückmeldung zu erhalten. Sie schlägt vor, dann zunächst einen Termin mit Herrn de Vries, vom Landkreis Aurich, abzustimmen. Ausschussvorsitzender Smit ergänzt, dass die SPD-Fraktion beantragt habe, dass Frau Kracke, Klimaschutzmanagerin der Stadt Norden, über ihre Tätigkeit im Ausschuss berichtet.

Bürgermeisterin Looden informiert, dass Frau Kracke zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Allerdings konnte sie aus terminlichen Gründen an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschussvorsitzenden wurde ihr der nächste Termin bereits mitgeteilt, aber der ist bei Frau Kracke nach heutigem Stand auch nicht möglich. Frau Looden sagt zu, einen Termin abzustimmen, so dass Frau Kracke über ihre Arbeit als Klimaschutzmanagerin der Stadt Norden berichten kann.

- c) Ausschussmitglied Odens schlägt vor, den Gemeinden Hinte und Brookmerland ein positives Signal zu geben.

Der Umwelt,- und Klimaausschuss empfiehlt einstimmig:

Die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Hinte und der Gemeinde Brookmerland sei ausdrücklich gewünscht. Die Gemeinden erhalten zunächst eine positive Rückmeldung.

Der Antrag der Bündnis90/Die GRÜNEN auf Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes wird vorerst vertagt.

**zu 5. Antrag der Bündnis90/ Die GRÜNEN; Vortrag durch den Leiter des Dezernates Biosphärenreservat der Nationalparkverwaltung, Jürgen Rahmel, über die Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer und möglichen Beitritt
Vorlage: 2021/031**

Die Bündnis90 / DIE GRÜNEN-Fraktion hat beantragt, dass Herr Rahmel, Leiter des Dezernates Biosphärenregion der Nationalparkverwaltung, im Umwelt,- und Klimaausschuss über den möglichen Beitritt in die Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer, berichtet.

Herr Rahmel, Leiter des Dezernates Biosphärenregion der Nationalparkverwaltung, bedankt sich für die Einladung.

Er stellt anhand einer Präsentation ausführlich den Weg zum möglichen Beitritt zur Entwicklungszone dar.

Ein Neuantrag ist aktuell bis zum Sommer 2022 möglich. Herr Rahmel berichtet, dass mit dem UNESCO-Biosphärenreservat ein Schutzstatus entsteht. Herr Rahmel informiert, dass dies nicht der Fall sein. Bei dem Beitritt zur Entwicklungszone handelt es sich um eine Auszeichnung für besondere Kultur- und Naturlandschaften. Die Region muss nicht nach § 25 Bundesnaturschutzgesetz rechtlich gesichert werden.

Die Biosphärenregion habe eine Schutzfunktion, eine Bildungs- und Forschungsfunktion und Entwicklungsfunktion. Um diese drei Funktionen erfüllen zu können, ist eine Zonierung erforderlich. Auf die Zonierung geht Herr Rahmel ausführlich ein. Im Bereich des Niedersächsischen Wattenmeer ist die Schutzfunktion erfüllt und abgedeckt.

Um die nachhaltige Entwicklung voranzubringen, wird der Mensch benötigt. Im Rahmen eines Steuerungsprozesses werden besondere Eigenschaften der Krummhörn entwickelt und zusammengetragen um die Auszeichnung Biosphärenregion zu erhalten. Durch die Auszeichnung wird die Attraktivität der Region gesteigert, das Image verbessert und das Bewusstsein für die tolle Landschaft gefördert.

Herr Rahmel verneint die befürchteten Nachteile aufgrund den Beitritt zur Entwicklungszone für die Landwirtschaft. Durch den Beitritt entstehen keine weiteren Umweltschutzmaßnahmen. Dabei handelt es sich um freiwillige Aktivitäten in der Entwicklungszone. Zudem werde die Planungshoheit im Entwicklungsgebiet der Kommune nicht genommen.

Herr Rahmel informiert über eine steigende Nachfrage der Gäste nach einer nachhaltigen Region und belegt dies anhand statistischer Angaben. In den letzten Jahren seien bewusst Nationalpark-Regionen besucht.

**zu 6. Antrag der SPD-Fraktion; Vortrag durch Herrn Noosten, Vizepräsident des LHV für Ostfriesland, über die Thematik Biosphärenreservat
Vorlage: 2021/065**

Die SPD-Fraktion hat beantragt, dass Herr Noosten, Vizepräsident des LHV für Ostfriesland, Stellung zum möglichen Beitritt zur Entwicklungszone der Biosphärenregion bezieht.

Herr Noosten bedankt sich für die Einladung. Grundsätzlich stellt er das Biosphärenreservat nicht in Frage. Die Region müsse geschützt und der Küstenschutz weiter gestärkt werden.

Herr Noosten geht auf einige Punkte im Rahmen des Arten- und Naturschutzes ein. Bezogen auf die Landwirtschaft gibt es bereits jetzt eine Vielzahl von Gesetzen, die aktuell in Kraft treten.

Die Düngeverordnung sei bereits mehrmals angepasst worden. Außerdem seien die Pflanzenschutzgesetze weiter verschärft worden.

Bereits jetzt seien 38.000 ha Fläche unter Schutz gestellt. Die Erfahrungen seien bereits durch das Schutzgebietsnetz Natura 2000 gemacht worden. Die Problematik stellt die Gebietsausweisung dar, die oftmals mit weiteren Schutzmaßnahmen einhergeht.

Herr Noosten informiert u.a. über das Wasserschutzgesetz und das Grundwasserschutzgesetz, verabschiedet als der Niedersächsische Weg. Aufgrund der Vielzahl an Schutzgesetzen ist keine Biosphäre notwendig. Der Niedersächsische Weg beinhaltet bereits eine Vielzahl von Maßnahmen im Hinblick auf den Arten- und Naturschutz. Flächen, die der Landwirt nicht mehr räumlich nutzen darf, werden dem Landwirt refinanziert.

Außerdem berichtet Herr Noosten über das Tierwohl-Label. Der Einzelhandel habe berichtet, dass die Produktion in einer Biosphäre als Alleinstellungsmerkmal nicht nachgefragt werde. Die Produktion in einer Biosphäre entscheidet sich nicht von einer Produktion in einer „Nicht-Biosphäre“.

Herr Noosten regt an, nicht nur Verbote auszusprechen, sondern kooperativ zusammenzuarbeiten. Die Ausweisung eines Biosphärenreservats bringt keinen zusätzlichen Nutzen der Landwirtschaft.

Er fasst zusammen, dass die Sorge vor weiteren Schutzmaßnahmen bleibt. Aufgrund vergangener Erfahrungen glaubt Herr Noosten nicht, dass die bisherigen Schutzmaßnahmen ausreichen. Zudem sei der mögliche Ausstieg nicht so einfach wie dargestellt. Häufig werde mit der Auszeichnung geworben und als Image verwendet.

Herr Noosten berichtet außerdem, dass eine kleine Windkraftanlage nicht errichtet werden konnte, da diese in der Biosphärenregion geplant sei. Der besondere Schutz

der Biosphärenregion sei als Begründung für die Ablehnung dargelegt. Bereits jetzt seien Bauten in Landschaftsschutzgebieten nicht möglich.

Insgesamt befürwortet Herr Noosten nicht den Beitritt in die Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer.

Ausschussvorsitzender Smit bedankt sich bei Herrn Noosten für den ausführlichen Vortrag.

Nach den Vorträgen ergeben sich folgende Wortmeldungen:

- a) Ausschussmitglied Kromminga fragt an, dass die Nationalparkverwaltung als Landesverwaltung entsprechende Rechte habe.

Herr Rahmel antwortet, dass Rechte auf Gesetze basieren. Die Rechte werden durch das Nationalparkgesetz definiert. Die Beziehung zum Biosphärenregion sei geklärt.

Ausschussmitglied Kromminga ergänzt, dass ein Kriterienkatalog für die Anerkennung und Überprüfung der Biosphärenreservate gebe, der zu erfüllen sei.

Herr Kromminga informiert aus dem Kriterienkatalog über einige Kriterien. Für ihn stellt der Beitritt schon eine enorme rechtliche Relevanz dar.

Herr Rahmel erläutert, dass der Kriterienkatalog für die Anerkennung der UNESCO Biosphärenreservate in Deutschland gilt. Herr Rahmel berichtet über die Kriterien, die bereits erfüllt werden und nicht neu umgesetzt werden müssen. U.a. werde gefordert, dass Biosphärenregionen mindestens den Status des Landschaftsschutzgebietes zu erfüllen hat.

- b) Ausschussmitglied Odens gibt an, dass bereits viele Umweltschutzmaßnahmen zu erfüllen seien. Herr Odens berichtet, dass aufgrund des vorhandenen Naturschutzgebietes bereits Einschränkungen gebe. Er schildert eine Müllsammelaktion. Dabei sei der Feuerwehr untersagt worden, vorhandenen Müll aus einem Naturschutzgebiet zu entfernen. Zudem weist Herr Odens auf die Planungshoheit der Kommune hin. Er befürchtet, die Planungshoheit durch den Beitritt zu verlieren.
- c) Beratendes Mitglied Agena kann den Pessimismus nicht verstehen. Durch Herrn Rahmel ist berichtet worden, dass der Beitritt keine Einschränkungen bewirkt und die Planungshoheit bestehen bleibt. Zudem könne nicht allein die Landwirtschaft beleuchtet werden, sondern die gesamte Wirtschaft. Er sieht durch den Beitritt eine Chance für den Tourismus. Außerdem sei der Beitritt der erste Schritt in Richtung Nachhaltigkeit.

- d) Ausschussmitglied Ringena teilt den Pessimismus. Aus der Erfahrung heraus seien weitere Einschränkungen durch Landschaftsschutzgebiete entstanden. Herr Ringena sieht jedoch auch die Vorteile durch den Beitritt. Allerdings überwiegt derzeit der Pessimismus.

Herr Noosten gibt an, dass er falsch verstanden wurde, wenn sein Vortrag pessimistisch aufgefasst wurde. Für ihn sei es ganz im Gegenteil wichtig, dabei zu sein und Maßnahmen für den Klimaschutz zu treffen. Für ihn sei dies allerdings nicht nur in einer Biosphäre möglich. Die möglichen Maßnahmen können auch ohne Biosphäre getroffen werden. Er befürwortet nicht, sich selbst durch eine Biosphäre unter Schutz zu stellen und einzuschränken.

Herr Rahmel stellt klar, dass man im Nachgang nach der Erklärung eines schutzwürdigen Gebietes auch den Schutz erhalten wird. Die Naturschutzumsetzung ist abhängig von bestimmten Kriterien. Die Erklärung sei ein hoher Aufwand und verschiedene Prozesse seien zu erfüllen. Eine Biosphärenregion sei nicht automatisch Schutzgebiet mit verschiedenen Einschränkungen. Herr Rahmel nennt dazu aus der Rechtsprechung, dass ein Ausführungsverbot für Pestizide besteht. Das Verbot gilt nicht für eine Entwicklungszone. Das Gebiet sei beim Verbot ausgenommen. Der Gesetzgeber habe erkannt, dass die Entwicklungszonen zu differenzieren sei.

- e) Bürgermeisterin Looden kann die Vorbehalte und das gewachsene Misstrauen verstehen. Das macht die Argumentation schwierig. Sie fragt, dass sich kein zusätzlicher Nutzen und sich keine Lenkung der Landwirtschaft ergibt. Frau Looden gibt an, dass dies auch nicht die Zielsetzung sei.

Herr Noosten antwortet, dass die Argumentation aus der Erfahrung heraus entstanden sei. In Norden habe man sich erhofft, die Landwirtschaft zu lenken und zu einschränken. Das ist allerdings nicht der Fall. Die Lenkung sei jedoch bereits durch eine Vielzahl an Gesetzen erfolgt. Ein Zusatzeffekt durch den Beitritt in die Biosphäre sei dies nicht.

Bürgermeisterin Looden gibt an, dass die Gebietskulisse sowieso schon da ist und kommen wird.

Herr Noosten antwortet, dass das Landschaftsschutzgebiet bereits besteht. Er ergänzt, dass die Entwicklungszone dann als gesamter Bereich als Schutzzone ausgewiesen wird.

Bürgermeisterin Looden berichtet, dass es Aufgabe von allen Beteiligten sei, auf die vorhandenen Schutzgebiete hinzuweisen. Sie kann die Fragestellung von Herrn Ringena verstehen. Sie fragt an, ob Herr Rahmel konkret zu Bauvorhaben Stellung beziehen kann.

Herr Rahmel erläutert, dass die Entwicklungszone keinen Einfluss auf geplante Bauvorhaben haben wird. Einfluss haben bestimmte Rechtsgrundlagen, die jedoch auch ohne Entwicklungszone bestehen. Weitere Einflüsse durch die Entwicklungszone ergeben sich durch Änderung des Nationalparkgesetzes nicht.

- f) Ausschussmitglied Odens gibt an, dass bestimmte Gebiete aus dem Landschaftsschutzgebiet entfernt werden. Um eine Schutzstellung zu erhalten, müssen bestimmte Anforderungen erfüllt werden. Die Erfahrung habe jedoch gezeigt, dass bei Zustimmung zum Beitritt in die Entwicklungszone ein bestimmtes Risiko eingegangen wird. Das Risiko möchte er nicht eingehen. Er befürchtet, dass nach weiteren Flächen Ausschau gehalten werden muss, falls die 30 % noch nicht erreicht seien. Herr Odens gibt an, dass durch den Beitritt keine Einschränkungen und Auflagen entstehen und letztlich alles so bleibt wie es ist. Er sieht daher keine Gründe, zur Entwicklungszone beizutreten.
- g) Beratendes Mitglied Agena gibt an, dass die Einschränkungen im Bereich Umwelt,- und Klimaschutz sowieso in absehbarer Zeit einzuhalten sind. Den Einschränkungen und Auflagen könne man sich nicht entziehen. Er sieht den möglichen Beitritt als Chance für die Kultur und Wirtschaft der Gemeinde.
- h) Ausschussvorsitzender Smit gibt an, dass sich eine Ausweisung nicht nachteilig darstellt. Er fragt an, ob sich aufgrund des Beitritts finanzielle Vorteile für die Gemeinde ergeben.

Herr Rahmel antwortet, dass die Gemeinde aufgrund des Beitritts keine direkten finanziellen Vorteile für bestimmte Maßnahme erhält. Durch den Beitritt erhält die Gemeinde allerdings einen Zugang zu bestimmten Förderrichtlinien. Als Beispiel nennt Herr Rahmel die LEADER-Regionen. Die LEADER-Regionen haben in der Vergangenheit zusammen 7,2 Mio. Euro erhalten. In diesem Zusammenhang entsteht ein gewisser Nutzwert als Entwicklungszone. Zudem sei am Beispiel schwäbische Alm zu sehen, dass der Beitritt nicht unattraktiv sei. Die Region habe den Beitritt als Chance erkannt.

- i) Ausschussmitglied Kirchhoff gibt an, dass ein gewisses Misstrauen in Bevölkerung herrscht. Es entstehen weitere Einschränkungen. Er spricht die sogenannten Schlafdeiche an. Die Deiche seien mit Unkraut bewachsen und für die Tiere nicht zugänglich. Auf der anderen Seite entstehen große Löcher, die aus seiner Sicht sinnlos seien. Für solche Maßnahme habe er kein Verständnis. Er stimmt dem Beitritt in die Entwicklungszone nicht zu.
- j) Herr Noosten erläutert, dass alle Regionen grundsätzlich Zugang zu den verschiedenen Förderprogrammen haben. Durch die Biosphäre erhalten die Regionen evtl. mehr Punkte. Der Beitritt könnte ein Türöffner sein, aber der Beitritt ist nicht notwendig, um einen grundsätzlichen Zugriff auf bestimmte Fördertöpfe zu erhalten.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Ausschussvorsitzender Smit schlägt vor, die Einwohnerfragestunde zu eröffnen.

Hierzu ergibt sich kein Widerspruch.

- a) Frau Iderhoff knüpft genau da an, wo Herr Noosten aufgehört hat. Als Kritikpunkt müsse man sich oft anhören – Masse statt Klasse. Sie hört nun wieder, es werden Steuerungsgruppen und Arbeitsgruppen gegründet. Das war beim Niedersächsische Weg ebenfalls der Fall. Der Niedersächsische Weg steht jetzt jedoch. Der Weg wird nicht nur für die Landwirte was bedeuten, sondern auch für die Gemeinde Krummhörn und für den Landkreis Aurich. Innerhalb von 6 Monaten seien 3 Gesetze bzgl. der Gewässer verabschiedet worden. Sie appelliert an alle Ratsmitglieder, sich mit dem Niedersächsischen Weg auseinandersetzen und Maßnahmen zu ergreifen. Frau Iderhoff erläutert, dass keine Papiere ausreichen. Es müsse gehandelt werden. Nachhaltigkeit fängt im Kopf an. Sie appelliert, die Windkraft miteinzubinden und die Gemeinde nicht zu überfrachten. Frau Iderhoff möchte wissen, inwiefern sich der Ausschuss bzw. der Rat sich mit dem Niedersächsischen Weg befasst habe.

Ausschussvorsitzender Smit antwortet, dass der Rat sich bisher mit dem Niedersächsischen Weg nicht befasst habe.

- b) Herr Scharwies blickt als junger Landwirt und Familienvater mit Sorge in die Zukunft. Die junge Generation müssen die Einschränkungen und Auflagen auch finanziell noch umsetzen können. Die Landwirtschaft muss sich zudem auch künftig finanziell tragen können.
- c) Herr Heikens informiert, dass eine große Aufgabe sei, die Deiche im Rahmen des Küsten,- und Klimaschutzes zu erhöhen. Durch die Deicherhöhung entstehen erhebliche Kosten. Herr Heikens fragt an, ob auch in Zukunft die Deiche erhöht werden können.

Herr Rahmel antwortet, dass der Küsten,- und Deichschutz eine wichtige Aufgabe sei. Den vorsichtigen Prognosen nach, sei die Höhe der Deiche in den nächsten Jahren ausreichend. Der Naturschutz verhindert jedoch nicht immens den Deichbau.

Weitere Wortbeiträge aus dem Zuschauerbereich ergeben sich nicht.

Der Umwelt,- und Klimaausschuss empfiehlt einstimmig:

Der Antrag der Bündnis90/Die GRÜNEN-Fraktion auf Beitritt zur Entwicklungszone Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer wird abgelehnt.

zu 7. Bericht der Bürgermeisterin

Hierzu werden keine Mitteilungen gemacht.

zu 8. Beantwortung der schriftlich eingereichten Anfragen

- a) Bürgermeisterin Looden berichtet, dass eine schriftlich eingereichte Anfrage der S.W.K.-Fraktion zum Austausch von Energiesparlampen der Straßenbeleuchtungen vorliegt.

Fachbereichsleiterin Droll-Dannemann antwortet, dass in der Gemeinde Krummhörn ca. 3.100 Straßenlaternen in Bewirtschaftung seien. Davon seien 200 in LED-Ausstattung und 2.900 in Energiesparlampenform. Im Jahr 2013/2014 wurden die Straßenlaternen in Energiesparlampen umgerüstet. Seinerzeit sei die Umstellung kostengünstiger gewesen. Zudem sei seinerzeit eine Stromeinsparung von 60 % verzeichnen. Bei Umrüstung zur kompletten Neuinstallation erfolgt die Errichtung in LED und bei Leuchtkörpern derzeit noch in Energiesparlampen. Die Stromkostensparnis wäre bei LED höher, allerdings nicht in dem Bereich, dass eine komplette Neuinstallation rentabel wäre. Die Kostenschätzung für eine komplette Neuinstallation in der gesamten Krummhörn liegt bei ca. 2 MIO Euro. Die jährlichen Stromkosten der Ortsbeleuchtungen liegen bei ca. 60.000,00 €.

- b) Bürgermeisterin Looden informiert, dass die S.W.K./CDU-Fraktion beantragt hat, einen Lärmaktionsplan zu erstellen.

Mit einer Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes ist EU-Umgebungsrichtlinie in deutsches Recht übergegangen. Gem. § 47 d BImSchG stellen die zuständigen Behörden Lärmaktionspläne auf, für Ballungsräume mit mehr als 250.000 Einwohnern, Hauptverkehrsstraßen mit einem Verkehrsaufkommen von mehr als 6 Millionen Kraftfahrzeuge pro Jahr und Haupteisenbahnstrecken und große Flughäfen.

Demnach ergibt sich für die Gemeinde Krummhörn keine gesetzliche Verpflichtung Lärmaktionspläne zu erstellen.

Ausschussmitglied Odens zieht den Antrag der S.W.K./CDU-Fraktion zurück.

zu 9. Wünsche und Anregungen

Hierzu werden keine Mitteilungen gemacht.

zu 10. Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Wortmeldungen aus dem Zuschauerbereich ergeben sich nicht.

zu 11. Schließung der öffentlichen Sitzung

Ausschussvorsitzender Smit schließt die Sitzung um 20:38 Uhr.

gez.

Focko Smit
Ausschussvorsitzender

gez.

Hilke Looden
Bürgermeisterin

gez.

Ilona Baumann
Protokollführung